



## Korrupt und kriminell Südafrika und Griechenland: EU-Rüstungskonzerne kaufen Politiker

von Pablo Flock

Quelle: Portrait von Zuma Flickr/Government ZA, Bildmontage: IMI.

Es ist schwer, mächtige Menschen und große Konzerne für ihre Vergehen an der Gemeinschaft zur Rechenschaft zu ziehen. Eines der besten Beispiele dafür ist wohl der, sich nun schon Dekaden hinziehende, Prozess gegen Südafrikas Ex-Präsidenten Jacob Zuma und den französischen Rüstungskonzern Thomson-CSF, der seit dem Jahr 2000 Thales heißt.

Schon 1999, damals als Vizepräsident unter Thabo Mbeki, soll Zuma über seinen finanziellen Berater und Gläubiger Schabir Shaik Schmiergelder angenommen und im Gegenzug dem französischen Waffenproduzenten Thomson-CSF zu einem milliarden-schweren Rüstungsdeal verholfen haben. Zu dieser Zeit war Schabirs Bruder, Chibby Shaik, im Verteidigungsministerium für die Anschaffungen zuständig. Schabir Shaiks eigene Firma Nkobi war als Juniorpartner mit Thomson-CSF an African Defence Systems (ADS) beteiligt, welches die Ausschreibung für die Ausstattung mehrerer aus Deutschland stammenden Korvetten (Kriegsschiffe) gewann. Zuma war hoch bei Shaik verschuldet – der ihm die Schulden in dieser Zeit, neben weiteren Zahlungen, erließ.

Shaik wurde 2005 in dieser Sache zu 15 Jahren Haft verurteilt. Zuma musste zwar von seinem Mandat im Parlament und als Vorsitzender der Partei African National Congress (ANC) abtreten, und wurde von Thabo Mbeki von seiner Vizepräsidenten-Stelle entlassen, wurde jedoch nicht verurteilt. Sein Prozess wurde immer wieder verschoben, bis er 2008, nur wenige Wochen vor der Wahl, aus der er als neuer Präsident Südafrikas hervorging, aus Verfahrensgründen eingestellt wurde. Der Richter beschuldigte dabei Zumas Vorgänger Mbeki, ohne jegliche Begründung, der politischen Verschwörung gegen Zuma.

Die Klagen gegen Zuma, mittlerweile Präsident des ANCs und aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat, wurden noch ein weiteres mal wieder hergestellt und dann doch wieder eingestellt. Nachdem Zuma schon 2005 von einer Vergewaltigungsklage der Tochter eines langen politischen Weggefährten freigesprochen war, war er somit frei zur Kandidatur für das höchste Amt des Landes. Noch kurz vor der Wahl wurde Shaik nach nur zwei seiner 15 Haftjahre aus gesundheitlichen Gründen, aber entgegen der Empfehlungen seiner Ärzte, entlassen – Gerüchten

zufolge auf Anordnung Zumas, der eine Begnadigung im Falle seines Wahlgewinns öffentlich in Aussicht gestellt hatte.

### Immune Amtsträger und begnadigte Beihelfer

Das juristische Katz-und-Maus-Spiel pausierte für ein paar Jahre während Zumas Präsidentschaft, aber nahm zum Ende seiner zweiten Amtszeit wieder Fahrt auf, nachdem die Zeitung Sunday Times neue investigative Erkenntnisse hervorbrachte, denen zufolge die Finanzierung Zumas und anderer ANC-Politiker durch Thales keinesfalls mit dem Abschluss des Korvetten-Deals beendet war. Auch danach soll Zuma jährlich mit einer halben Millionen Rand (nach heutigem Kurs ca. 30 000 Euro), hunderten von Extrazahlungen und einer weiteren Millionen-Spende für den ANC für den Schutz vor juristischer Aufarbeitung und weitere Regierungsaufträge geschmiert worden sein. Der französische Konzern soll zudem für Luxusausflüge nach Europa und weltweite Reisen gezahlt haben, wie die Gerichtsakten eines Prozesses wegen ausstehenden Zahlungen zwischen Thales' südafrikanischer Tochtergesellschaft Thint und dessen ehemaligen „Fixers“ Ajay Sooklal belegen. Thales bekam in den 2000er Jahren noch mindestens einen Auftrag in Höhe von etwa 100 Mio. Rand für ein Bahnticket-System und einen weiteren Auftrag (95 Mio. Rand) für die Instandhaltung eines Flugverkehrskontrollsystems.<sup>1</sup>

Zuma überlebte mehrere Misstrauensvota im Parlament, wurde jedoch 2018 von der Parteispitze von seinem Posten gerufen, nachdem er nach weiteren Korruptionsskandalen, zum Beispiel dem Ausbau seiner Villa auf Staatskosten und einem Selbstbereicherungskomplex mit den Gupta-Brüdern,<sup>2</sup> unhaltbar geworden war. Seitdem sieht er sich einer Reihe von Gerichtsverfahren gegenüber. Im Juni 2021 wurde er zudem wegen der Missachtung seiner Aussagepflicht in einer Korruptionsanhörung einer Kommission zu 15 Monaten Haft verurteilt. Die darauf ausbrechenden Proteste seiner Unterstützer in seiner Heimatgegend KwaZulu Natal wurden daraufhin in aller Welt wahrgenommen.

Wenn Zuma und Thales in dem, am 10. August 2021 wiederum aufgeschobenen, Prozess nun verurteilt werden, bringt das jedoch nicht die insgesamt 30 Mrd. Rand (damals rund fünf Milliarden Dollar) zurück, die sich die junge Demokratie eine Modernisierung der Streitkräfte mit Kampfschiffen, Jets, Helikoptern und U-Booten hat kosten lassen – auch nicht zusammen mit den schon gezahlten Strafen anderer mit den damaligen Anschaffungen in Verbindung verurteilter Rüstungsunternehmen, (beispielsweise 400 Mio. Rand von der britischen Rüstungsfirma BAE-Systems)<sup>3</sup> Schon damals war der Deal, in einem Land mit einer damals wie heute relativ hohen Armutsrate, schwer umstritten.

### Kein afrikanisches Problem

Sowie die Kritik an Zumas kleptokratischem System nicht als kolonial-weiße Kritik der einstigen, gegen die Apartheid gerichtete Befreiungsarmee ANC abgetan werden kann, und die randalierenden Zulu-Anhänger nicht als die gesamte schwarze Bevölkerung missverstanden werden sollten, können solche Korruptionsfälle auf keinen Fall auf ‚afrikanische Verhältnisse‘ reduziert werden.

In der zweiten Hälfte der 00'er Dekade wurden beispielsweise in Griechenland eine Reihe von Rüstungsdeals geschlossen, die dann zwischen 2010 und 2015 zu Anklagen verschiedener - und zum guten Anteil deutscher - Unternehmen führte. So akzeptierte das Unternehmen Rheinmetall Defence Electronics (RDE) im Jahr 2014 Bußgeld in Höhe von mehr als 37 Millionen Euro<sup>4</sup> in



Quelle: Bildmontage IMI, Hintergrundbild pngkit.

einem Fall, in dem das Unternehmen mit unerlaubten Zahlungen Entscheidungsträger zum Votum für den Kauf eines Flugabwehrsystems für 150 Mio. Euro bewegte.

Auch in einem anderen Deal soll RDE zusammen mit der, später von EADS und ThyssenKrupp übernommen, Firma Atlas Elektronik 9 Mio. Euro an Bestechungsgeldern für teure Extrarüstung bei der U-Boot-Beschaffung gezahlt haben<sup>5</sup>. Auch dies war nur einer von vielen Korruptionsfällen in dem zwischen 1998 und 2018 abgeschlossenen 1,26-Mrd.-Euro-Deal, in dem vier U-Boote der deutschen Firmen Howaldtswerke-Deutsche Werft, Ferrostaal und Thyssenkrupp angeschafft wurden – und überhaupt im ganzen 17 Mrd. teuren Modernisierungsprogramm der Streitkräfte. Allein im beschriebenen U-Boot-Verkauf seien von verschiedenen Firmen an verschiedenen Politiker rund 133 Mio. Euro an Schmiergeldern gezahlt worden, so die Monitoring-Plattform für Rüstungskorruption „Corruption Tracker“.<sup>6</sup> Dies führte auch zu der Verurteilung von hochrangigen Managern von Atlas Elektronik und Ferrostaal und hochrangigen griechischen Politikern inklusive dem ehemaligen Verteidigungsminister Akis Tsochadzopoulos – zumeist jedoch nur zu Bewährungsstrafen.

### Geschmierte Eliten rüsten Länder bankrott

Die Zeit setzte diese überdimensionalen, korrupt herbeigeführten Anschaffungen klar mit der, den meisten noch lebhaft in Erinnerung gebliebenen, Krise in Verbindung, die uns den hässlichen Begriff „Pleitegriechen“ hinterließ: „Griechenland hatte zu dieser Zeit gemessen an seiner Wirtschaftsleistung die höchsten Rüstungsausgaben in der Europäischen Union. Dies war einer der Gründe für die enorme Verschuldung des Landes.“<sup>7</sup> Auch das Wall Street Journal titelte: „Der U-Boot-Deal, der half Griechenland zu versenken.“<sup>8</sup>

Auch hier bringt die wichtige Aufarbeitung solcher Korruptionsfälle und die exemplarische Bestrafung der Entscheidungsträger nicht die Milliarden zurück, die der griechische Staat an die Großmachtvorstellungen in den Generalstäben und die Selbstbereicherung von politischen Entscheidungsträgern verloren hat und die ihm an einem bestimmten Punkt fehlten, um Renten und Solde zu zahlen. Auch die unter dem folgenden Troika-Diktat



privatisierte Wasserversorgungen, Häfen und vormals naturbelassene Strände werden damit auch nicht wieder der Bevölkerung und der Natur überlassen.<sup>9</sup> Das einzige, was hier präventiv helfen kann, ist überdimensionierte Rüstungsprojekte schon frühzeitig mit dem Druck aus der Bevölkerung zu stoppen.

**Anmerkungen**

- 1 Exposed: How arms dealer Thales bankrolled Zuma. Von Stephan Hofstatter, Mzikikazi wa Afrika, Piet Rampedi und André Jurgens timeslive.co.za 28.09.2014
- 2 In Gupta Brothers Rise and Fall, a Tale of a Sullied ANC. Norimitsu Onishi and Selam Gebrekidan nytimes.com 22.12.2018

- 3 Jacob Zuma: South Africa's ex-president pleads not guilty for multi-billion dollar arms deal Andrew Harding bbc.com 26.05.2021
- 4 Rheinmetall gesteht Schmiergeldzahlungen ein. zeit.de 10.12.2014
- 5 Corruption at Rheinmetall and Atlas Elektronik? facing-finance.org 26.08.2013
- 6 The Greek Submarine Scandal. World peace Foundation corruption-tracker.org 27.11.2020
- 7 Rheinmetall gesteht Schmiergeldzahlungen ein. zeit.de 10.12.2014
- 8 Im englischen Original: The Submarine Deal That Helped Sink Greece. Christopher Rhoads wsj.com 10.07.2010; ohne Paywall auf turkishnews.com einsehbar.
- 9 Beispiele für die Verheerenden Folgen der Privatisierung z.B. auf europoly.tagesspiegel.de und in Zerstörung im Namen der Troika. Malte Kreutzfeldt taz.de 28.07.2014

**FACTSHEET** Informationsstelle Militarisierung e.V.  
September 2021  
**RÜSTUNG**  
Rüsten gegen Russland

**Ruinöser Sparkurs?**  
Obwohl der Militärhaushalt – selbst inflationbereinigt – zwischen 2000 und 2020 um rund 44 % stieg, werden immer mehr Gelder eingefordert. Für 2022 steht die Finanzplanung für die Jahre bis 2025 eine nach-malige Erhöhung auf 50,3 Mrd. € vor. Die Verteidigungsmittel-sten kollabiert laut der internen Finanzbedarfsanalyse 2022 mit einem immer weiter steigenden Bedarf, um die Vorgaben des Fähigkeitsprofils umsetzen zu können. Es fordert dafür den Militärhaushalt schrittweise bis 2025 auf 61,5 Mrd. € zu erhöhen.

**Auslagerung von Rüstungskosten**  
Immer mehr Kosten werden ausgelagert, weshalb die von der NATO anerkannten und die offiziellen deutschen Militärangaben immer weiter auseinanderklaffen: Lagen die NATO-Zahlen im Jahr 2014 „nur“ rund 2,5 Mrd. € über dem offiziellen Verteidigungsetats, ging die Schere bis 2021 auf sechs Milliarden auseinander (46,9 Mrd. € vs. 53,03 Mrd. €). Immer häufiger wird nun zB im „Positionspapier: Gedanken zur Bundeswehr der Zukunft“ vom Februar 2021 gefordert, die Kosten für besonders teure europäische Rüstungsprojekte (Eurodrone, Kampfpanzer, Kampf-flugzeug...) nicht dem Militärbudget, sondern dem Allgemeinen Haushalt zuzurechnen, dem bereits jetzt u.a. die Gelder für die EU-Rüstungskooperationen entnommen werden.

Herausgegeben in Kooperation mit:  
DFG-VK  
Bertha von Suttner Stiftung

www.imi-online.de  
www.dfg-vk.de  
www.bertha-von-suttner-stiftung.de

**FACTSHEET** Informationsstelle Militarisierung e.V.  
April 2021  
**KLIMA & KRIEG**  
Militär, Klima und Krieg

**Teufelskreis**  
Klimawandel, Militär und Krieg

**„Mittling die Begrenzung der CO2-Emissionen, steht eine weitere Katastrophe, von der allerdings weitaus weniger die Rede ist, ebenso fest: Auf lange Sicht würde das Versagen nicht nur Klimawandel bewirken, sondern auch weltweit Instabilität, Aufruhr und Kriege.“**  
Michael Klare: All Hell Breaking Loose, New York 2019.

**„Eine umgehende Überprüfung nationaler wie internationaler Sicherheitsstrategien ist erforderlich, um das Potential für Truppenproduzierungen auszulasten – und um damit auch CO2-Emissionen zu reduzieren [...]. Dazu sollte gehören [...], eine Neubewertung der Politik aus einer perspektive menschlicher, statt nationaler Sicherheit, die Ressourcen neu auf die Bekämpfung der Ursachen für Unsicherheit ausrichtet, einschließlich Armut, Ungleichheit, Gesundheit und Umweltverschmutzung.“**  
Suani Parkinson / Lindsey Connell: Under the Radar: Europe's military sector dodges scrutiny under European Green Deal, CEOPS/SGR/The Left, Februar 2021.

Der Klimawandel als eine zentrale, die Zukunft der Menschheit bedrohende Gefahr, besitzt eine ganze Reihe von Aspekten. Zu wenig Beachtung wird dabei meist der problematischen Rolle des Militärs geschenkt – sowohl in seiner Rolle als wichtiger CO2-Emissioner als auch in seiner Funktion, als gewalttätige „Rückversicherung“ der reichen Staaten, die abschließend Folgen des Klimawandels militärisch zu „bewältigen“, selbst da durch ihre Interessen behindert werden. Zu allem Überflus verdrängt der militärische Bereich auch noch Unwissenheit, die einen wichtigen Beitrag zur Prävention und zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels beitragen könnten. Eine deutsche Rekonstruktion oder gar Abschaffung des Militärs würde demzufolge auch dem Klima in gleich mehrfacher Hinsicht gut tun!

Herausgegeben in Kooperation mit:  
NaturFreunde DEUTSCHLAND

www.imi-online.de  
www.naturfreunde.de

Das IMI-Factsheet Rüstung wurde grundsätzlich überarbeitet und das „Prunkstück“ ist jetzt eine ausfaltbare A2-Karte im Innenteil, die einen Überblick über die wichtigsten Rüstungsstandorte in Deutschland geben soll. Die Factsheets können gratis (gegen Porto) im Materialshop der DFG-VK bestellt werden: <https://shop.dfg-vk.de/?product=fact->

Bald werden wir auch das PDF des Factsheets auf imi-online.de einstellen und wir haben für das Ende des Jahres dann auch die Veröffentlichung des zur Karte zugehörigen Verzeichnisses der Rüstungsunternehmen in Form einer Online-Broschüre geplant.

Im neuen Factsheet „Klima & Krieg“, haben wir uns bemüht, wichtige Daten rund um die Thematik bündig und grafisch ansehnlich aufbereitet zusammenzutragen. Es kann auf [imi-online.de](http://imi-online.de) heruntergeladen werden.

Das Factsheet geben wir zusammen mit den Naturfreunden heraus, über die das Factsheet auch (gerne auch in größeren Stückzahlen) gratis bestellt werden kann:

NaturFreunde Berlin, Paretzer Str. 7, 10713 Berlin  
Telefon: 030 810 560 250  
E-Mail: [info@naturfreunde-berlin.de](mailto:info@naturfreunde-berlin.de) Freunde



# ANTIMILITARISMUS BRAUCHT ANALYSEN, IMI BRAUCHT EUCH!

Dieser Wegweiser zeigte 2017 am Tag der Bundeswehr in Dornstadt in die Richtungen der zahlreichen, aktuellen Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) versucht mit all den Einsätzen sowie den Militarierungsprozessen im Inneren, Migrationsbekämpfung, militärischen Landschaften, Rekrutierungsmaßnahmen, Rüstungshaushalten und vielen weiteren Themen Schritt zu halten.

Um dazu fähig zu sein und das erstellte Material grundsätzlich online kostenlos zur Verfügung stellen und in Printform zum Selbstkostenpreis abgeben zu können, sind wir auf Spenden und Mitgliedschaften angewiesen, die steuerlich absetzbar sind.

Daher bitten wir alle, die sich finanziell dazu in der Lage sehen, uns für das kommende Jahr mit einer Spende zu unterstützen oder auch Menschen im Bekanntenkreis über eine mögliche IMI-Mitgliedschaft zu informieren.

IMI-Spendenkonto Kreissparkasse Tübingen:  
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32  
BIC: SOLADES1TUB

Mitgliedsformulare finden sich hier:  
[www.imi-online.de/mitglied-werden](http://www.imi-online.de/mitglied-werden)

**JEDE FORM DER UNTERSTÜTZUNG IST SEHR WILLKOMMEN!**

## Information

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage ([www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist:  
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32 BIC: SOLADES1TUB

Adresse:

**Informationsstelle  
Militarisierung (IMI) e.V.**  
Hechingerstr. 203  
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154  
Fax: 07071/49159  
e-mail: [imi@imi-online.de](mailto:imi@imi-online.de)  
web: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. wieder.

